

den Betrieben), Wahlen und gezieltes Umgehen/Unterlaufen oder kleine kalkulierte Verstöße gegen fragwürdige Gesetze. Ist es sinnvoll und erfolgsversprechend, zu diesen Instrumenten zu greifen und wenn ja, wie?

5.) Bei schwierigen Rechtsverhältnissen (und auch sonst) immer die unterschiedlichen rechtlichen Grenzen von Gewerkschaften und gesetzlichen betrieblichen Interessenvertretungen (PR, BR, FB, SBV) beachten und ausnutzen. Die unterschied-

lichen rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer kooperativen Aufgabenteilung zwischen Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen schaffen Raum für kreative Vorgehensweisen.

Mit einem Bein im Knast

Rechts(un)sicherheit in der Schule

Ute Abendroth

■ Eigentlich war das unser Arbeitstitel zu dieser Ausgabe. Und so würden in der heutigen Zeit sicher auch viele Kolleginnen und Kollegen die Gefühle zu den Risiken in diesem eigentlich so wunderbaren Beruf treffend zusammenfassen. Beschreibe ich meine Gefühlslage vor fast 30 Jahren, nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit, diversen prekären Beschäftigungsverhältnissen und einem zweiten Studium endlich im Schuldienst, so war sie von Freude, Aufregung und natürlich auch Unsicherheit geprägt. Ich wollte mich im Betrieb Schule schnell zurechtfinden, Anschluss an das Kollegium bekommen sowie fachlich und pädagogisch gute Arbeit machen. In meiner professionellen Selbstverständlichkeit massiv angegangen zu werden, Angst davor zu haben, Vorschriften und Regeln umzusetzen, weil diese womöglich von Eltern so in Frage gestellt werden könnten, dass ich mich am Ende vor Gericht dafür verantworten muss – diese Vorstellung war mir völlig fremd.

Persönliche Konsequenzen

Natürlich wollte ich nichts falsch machen und erkundigte mich nach allem, was es zu bedenken und zu berücksichtigen galt. Ein notwendiges Vorgehen aber dahingehend abzuwägen und mich womöglich dagegen zu entscheiden, weil es für mich in der Ausübung meines Dienstes negative persönliche Konsequenzen haben könnte, gab es nicht. Natürlich lauschte ich fasziniert einer älteren Kollegin, als sie von

Klassenfahrten in den 60er Jahren erzählte: Den Kindern wurde abends gesagt, dass sie bitte brav in ihren Betten bleiben sollten, damit die begleitenden Kollegen (damals noch in ausreichender Zahl) nach einem kurzen Stück durch den Wald in der Kneipe an der Hauptstraße ihr Feierabendbier trinken konnten. Das hätte ich mich Anfang der 90er Jahre nicht getraut und später schon gar nicht mehr.

Mangelnde Aufsichtspflicht

Ich selbst erinnere mich im sechsten Schuljahr an eine Klassenfahrt nach Rinteln, wo wir oft ohne Aufsicht herumstromerten, gelegentlich verloren gingen, aber irgendwie spätestens zum Abendessen alle wieder versammelt waren. In den 70er Jahren besuchte ich das Gymnasium Huchting, ein riesiger Kasten im Ganztagsbetrieb mit endlosen Räumen, Fluren und Treppen. In Freistunden oder der langen Mittagszeit waren wir uns selbst überlassen. Wir durften das Schulgelände wohl eigentlich nicht verlassen, aber gehalten hat sich daran keiner. Wir schienen auch nicht vermisst zu werden. Hauptsache zum Stundenbeginn trudelten alle wieder ein. Für meine Eltern war das nicht merkwürdig oder beängstigend. Sie wären nicht im Traum darauf gekommen, sich über mangelnde Aufsichtspflicht zu beklagen oder womöglich mit einem Anwalt wegen einer nach ihrer Auffassung ungerechten Note in die Schule zu stürzen. Ich schwänzte ziemlich viel und auch mit gefährdeten Versetzungen mussten sich meine Eltern rumplagen. Auszubaden hatte das immer ich, nicht meine Lehrer. Überhaupt zeigten meine Eltern ein großes Vertrauen in die Arbeit der Schule. Und Respekt!

Hohes Gut Bildung

Für meine Eltern, deren Schulzeit durch Bombenangriffe, Landverschiebung und chaotische Verhältnisse in den Nachkriegsjahren nur eingeschränkt stattfand, war schulische Bildung ein hohes Gut. Das Recht auf Bildung, im Grundgesetz und unserer Landesverfassung verankert, zog für sie aber auch Pflichten nach sich. Sie als Eltern hatten Voraussetzungen zu schaffen, damit ihre Kinder in der Schule zurechtkamen. Diese Einstellung zog sich durch alle Bevölkerungsschichten. Für die ärmeren Familien war es besonders schwer, diesem Anspruch gerecht zu werden. Doch die Bremer Landespolitik bemühte sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg sehr, Ausgleich zwischen verschiedenen Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Meine Eltern zogen daraus aber nicht den Schluss, Bildung als eine Art Dienstleistung aufzufassen. Eine solche Vorstellung war ihnen völlig fremd. Und so schütteln sie heute oftmals den Kopf, wenn zwei ihrer Kinder, die im Lehrerberuf arbeiten, aus der Schule über höchst eigentümliche Konfliktsituationen und Umgangsformen berichten. Die Erwartungen an schulische Bildung haben sich in den letzten Jahrzehnten enorm erhöht, die Bandbreite der Aufgaben extrem erweitert. Gleichzeitig jedoch beschnitten die politisch Verantwortlichen durch Einschränkung der personellen und materiellen Ressourcen den Gestaltungsrahmen von Schule extrem, strukturierten den »schlanken Staat« und verlangten von den Bürgern mehr private Initiative und Vorsorge statt staatlicher Leistungen. Das verbessert nicht gerade die Stimmung zwischen Eltern und Schule. Ellenbogen werden ausgefahren und ein Platz am Futternapf der Gesellschaft fürs eigene Kind notfalls mit allen Mitteln erkämpft. Rechtsschutzver-

sicherungen und ein gewisses Training durch einschlägige Gerichtssendungen im Fernsehen tun ihr Übriges.

Ruhe im Karton

Dazu kommt, dass die Bevölkerung sehr genau spürt, wie der Staat, in diesem Fall die Schulbehörde, Konflikten aus dem Weg gehen will und schnell nachgibt, um Ruhe im Karton zu haben. Die Lehrerschaft steckt zwischen den Stühlen. Sie kriegt die »Haut« ab und merkt dann, wie Schutz und Fürsorge während der Dienstzeit als Gegenleistung für die Treuepflicht oftmals auf der Strecke bleiben oder in einem diffusen, kraftraubenden und sich endlos hinziehenden Wirrwarr verschwinden. Viele Lehrer ziehen individuelle Konsequenzen und versuchen unsichtbar zu werden, Konflikten aus dem Weg zu gehen oder sich schon im Vorfeld gegen jegliches Risiko abzusichern: Gibt es ein Handyverbot an der Schule, schaut man weg, wenn Kinder in der Pausenhalle damit rumspielen, damit man die Auseinandersetzung mit den Schülern oder den Eltern vermeidet. Vor einer Klassenfahrt lässt man sich 1000 Einverständniserklärungen unterschreiben, um dann letztlich aus Angst vor Schwierigkeiten mit den Eltern einen die Fahrt gefährdenden Schüler doch nicht nach Hause zu schicken. Ordnungsmaßnahmenkonferenzen vermeidet man, Bewertungen von Leistungen korrigiert man nicht als pädagogische Ermutigung, sondern aus Angst vor Rechtfertigung eher nach oben als nach unten, verbale Demütigungen oder sogar Bedrohungen von Schülern werden klaglos ertragen usw. Ich denke, jeder weiß, worüber ich hier rede. Irgendwie versucht man sich auch noch gegen alles Mögliche abzusichern und schließt Versicherungspolice ab zum Schutz gegen Dienstunfähigkeit, gegen Schlüsselverlust, gegen Haftbarmachung bei Schäden, als Vorsorge bei Konflikten mit dem Arbeitgeber usw. Die Versicherungen haben den Braten längst gerochen und bieten entsprechende Vorsorgepakete an.



Stephan Ritschel: Ich sollte versetzt werden. Das wollte aber ich nicht, denn meine Wunschschule war eine andere. Personalrat Andreas Rabenstein machte den unkompliziertesten Vorschlag, aus einer Versetzung eine Abordnung zu machen. Wir gingen zusammen in die Bildungsbehörde und der Bescheid wurde entsprechend geändert. So konnte ich später dorthin wechseln, wo ich immer hin wollte – an die Grundschule Freiligrathstraße.

Wertschätzung und Vertrauen

Ich musste dieses Jahr leider aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden. Ich habe meinen Beruf immer sehr geliebt und mit Leidenschaft ausgeübt. Bei aller Traurigkeit über diesen schweren Abschied gibt es aber auch in mir eine große Erleichterung darüber, dass ich dieser zunehmenden Einsamkeit in unserem Beruf nicht mehr ausgesetzt bin. Die vor einigen Jahren durch GEW-Initiative in vielen Schulen installierten Personalausgänge und der Personalrat können einiges abfedern und auch in der

Behörde gibt es vereinzelt Schulaufsichtsbeamtinnen, die den Begriff der Fürsorge noch ernst nehmen, aber unterm Strich befinden wir uns in äußerst harten Zeiten. Nur durch Solidarität unter den Kolleginnen und Kollegen, durch Konsequenz und wirklichen Beistand kann dem entgegengesteuert werden. Grundsätzlich ist es aber Aufgabe der Gesellschaft und ihrer politischen Vertreter, wieder eine Haltung zu entwickeln und Voraussetzungen zu schaffen, in der die Schule als Ganzes ein hohes Maß an Wertschätzung und Vertrauen erfährt.